

Chart of the Week

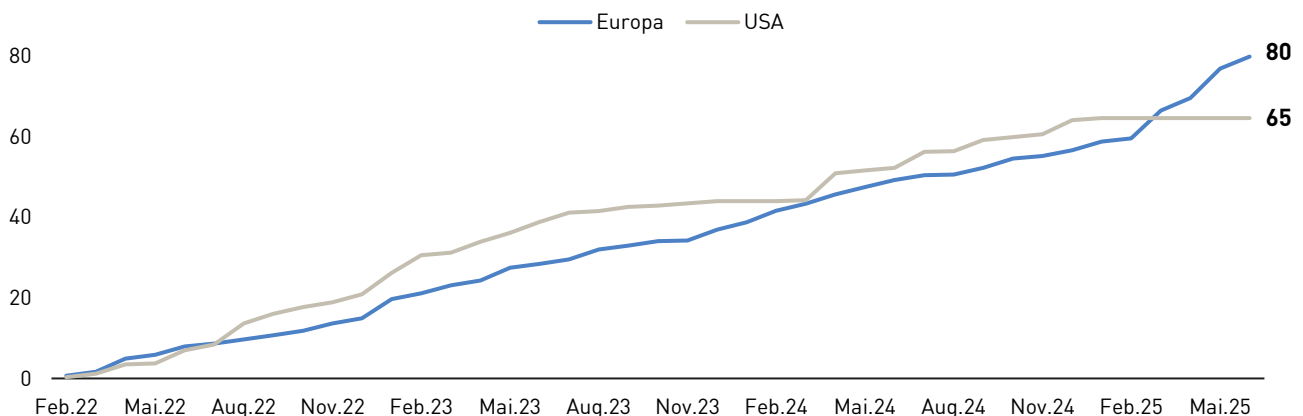
Europa löst die USA als größten militärischen Unterstützer der Ukraine ab

Schon vor der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten war absehbar, dass Europa seine verteidigungs- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten künftig verstärkt selbst in die Hand nehmen muss. Ein wesentlicher Teil dieser Aufgaben ist die finanzielle Unterstützung der Ukraine im Zuge des russischen Angriffskriegs. Die aktuelle Ausgabe des „Ukraine Support Trackers“ des IfW Kiel zeigt, dass Europa mittlerweile zum führenden Partner für Militärhilfen an die Ukraine aufgestiegen ist: Seit Kriegsbeginn wurden Verteidigungsgüter im Wert von knapp 80 Mrd. Euro an die Ukraine geliefert, 65 Mrd. Euro kamen aus den USA. Gemessen an der Wirtschaftsleistung entsprechen die europäischen Hilfen der vergangenen dreieinhalb Jahre rund 0,83 % des BIP (2021) bzw. etwa 167 Mrd. Euro nach laufenden Preisen.

Vom Unterstützer zum Hauptakteur: Europa ist jetzt führend bei Militärhilfen an die Ukraine

Gesamtbeträge der zugewiesenen Militärhilfen an die Ukraine von Europa und den USA

Angaben in Mrd. Euro



Quelle: IfW Kiel „Ukraine Support Tracker“ für August 2025, Europa umfasst die EU, das Vereinigte Königreich, Island, Norwegen und die Schweiz.

Die Neufokussierung des lange vernachlässigten Standortfaktors Sicherheit bringt neben den fiskalischen Auswirkungen auch wirtschaftspolitische Fragen mit sich. Dazu zählen etwa mögliche Kapazitätsverschiebungen zwischen Branchen, z.B. zwischen Verteidigungs- und Automobil- bzw. Zulieferindustrie, sowie neue Anforderungen an die standortpolitischen Rahmenbedingungen bis hin zu den Wachstumspotenzialen des Sicherheits- und Verteidigungssektors. Charakteristisch für Verteidigungsausgaben ist, dass sie im Vergleich zu anderen öffentlichen Ausgabenkategorien häufig einen überdurchschnittlich hohen Forschungs- und Entwicklungsanteil (F&E) aufweisen. Investitionen in Sicherheit und Verteidigung können deshalb Innovation, private F&E und Produktivitätswachstum stimulieren. Mit Blick auf die Ukraine eröffnen sich zudem beträchtliche Geschäftschancen im Rahmen des Wiederaufbaus, von denen vor allem jene Staaten profitieren dürften, die sich auch bei der militärischen Unterstützung besonders engagieren.

FAZIT: Europa hat die Notwendigkeit einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit erkannt. Um diese aufzubauen, gilt es nun, geeignete Rahmenbedingungen für gemeinsame Beschaffung, Standardisierung und eine enge industriepolitische Kooperation aller europäischen Partner zu schaffen. Auch österreichische Unternehmen können dank ihres technologischen Know-hows einen wichtigen Beitrag leisten. Für sie sind vor allem heimische Beschaffungen und industrielle Kooperationen von zentraler Bedeutung. Die vom BMWET und BMLV eingesetzte Taskforce für Industriekooperationen stellt hierfür einen wichtigen ersten Schritt dar. Eine stärkere Einbindung in internationale Lieferketten würde nicht nur die heimische Wirtschaft und die europäische Verteidigungsfähigkeit stärken, sondern auch die Resilienz auf nationaler und europäischer Ebene erhöhen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Peter Obinger,
peter.obinger@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 4252
26. August 2025